



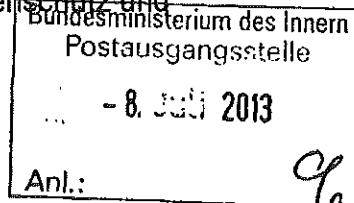
Bundesministerium
des Innern

Reg. ÖS I 3, bitte
zum Vorgang ÖS I 3 - 52000/1 #9.
RC 08/02

Klaus-Dieter Fritsche
Staatssekretär

Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Peter Schaar
Beauftragter für Datenschutz und
Informationsfreiheit
Postfach 1468
53004 Bonn



HAUSANSCHRIFT All-Moabit 101 D, 10559 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1112

FAX +49 (0)30 18 681-1136

E-MAIL StF@bmi.bund.de

DATUM 04. Juli 2013

AKTENZEICHEN ÖS I 3 - 52000/1#9

Sehr geehrter Herr Bundesbeauftragter,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 14. Juni 2013.

Die Bundesregierung und die deutschen Sicherheitsbehörden verfügen zu den US-amerikanischen Überwachungsprogrammen – und im Übrigen auch zu den in Ihrem Schreiben noch nicht erwähnten Aktivitäten des britischen „Government Communications Headquarters“ – über keine eigenen Erkenntnisse. Ich bin bemüht, den Sachverhalt so rasch und umfassend wie möglich aufzuklären. Aus diesem Grund habe ich der US-amerikanischen Regierung und den betroffenen US-Internetunternehmen umfangreiche Fragen zur Aufklärung des Sachverhalts und zur Betroffenheit deutscher Bürgerinnen und Bürger gestellt.

Es ist mein Bestreben, den in den Medien dargestellten Sachverhalt zusammen mit unseren Partnern in den USA und Großbritannien aufzuklären. Ausführliche Antworten von staatlicher Seite auf die Vielzahl unserer Fragen stehen momentan noch aus. Sowohl die USA als auch Großbritannien haben aber Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Bei den Beratungen zur Datenschutz-Grundverordnung hat sich die Bundesregierung von Beginn an für einen effektiven Datenschutz eingesetzt. Dies gilt auch in Bezug auf die Regelungen zu Drittstaatsübermittlungen.



SEITE 2 VON 2

Die Verhandlungen des von Ihnen ebenfalls erwähnten EU-US-Datenschutzabkommens werden von der Kommission und der jeweiligen EU-Präsidentschaft geführt. Die Bundesregierung hat immer wieder deutlich gemacht, dass eine Einigung mit den USA letztlich nur dann auf Akzeptanz stoßen wird, wenn auch ein Konsens über den individuellen gerichtlichen Rechtsschutz erzielt wird.

Abschließend möchte ich noch auf einen weiteren Aspekt in der Diskussion eingehen. Dieser betrifft die Verschlüsselung der Kommunikation im Internet. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren mit der DE-Mail die notwendigen Voraussetzungen für eine solche sichere Form der Kommunikation im Internet geschaffen. Jetzt kommt es darauf an, dass diese Möglichkeiten auch Verbreitung finden. Dazu können auch die Datenschutzbeauftragten einen Beitrag leisten.

Mit freundlichen Grüßen